

Der Holzarbeiter

Organ des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter Deutschlands.

r. 5. Der „Holzarbeiter“ erscheint jeden Freitag und wird den Mitgliedern gratis zugestellt. Für Nichtmitglieder ist der „Holzarbeiter“ nur durch die Post zum Preise von 1,50 Mk. pro Quartal zu beziehen. Ausnahme von Inseraten nur gegen Vorauszahlung. Köln, den 4. Februar 1910. Infektionspreis für die viersp. Petitzeile 30 Pfg. Stellensuche und -Angebote, sowie Anzeigen der Bahnhöfe kosten die Hälfte. Redaktion und Expedition befinden sich in Köln, Palmstraße 14. Telefonruf 3210. — Redaktionschluss ist Dienstag Mittag. 11. Jahrg.

Verbandsmitglieder! Zu den nächsten Wochen fallen in der Holzindustrie wichtige Entscheidungen. Werbt in der kritischen Zeit mit Ausdauer neue Kämpfer für die Interessen der Gesamt-Kollegenchaft! Der in Aussicht stehende große Kampf muß alle Kräfte anspornen, für die Ehre und den Sieg der Organisation alles einzusetzen!

Friede im Gewerkschaftsstreit?

Das Verhältnis zwischen christlichen Gewerkschaften und katholischen Fachabteilungen wird ein immer unerträglicheres. Wären die Differenzpunkte zwischen den beiden Richtungen lediglich taktischer Natur, so wäre eine Verständigung wohl möglich. Die prinzipiellen Gegensätze indes lassen in gemeinsamen Arbeiten zu. Die Fachabteilungen sind keine Arbeiterfachvereine, die gewerkschaftliche Interessen fördern, sondern sie sind, wie die christlichen Gewerkschaften, die in der Sache liegen, die Quelle stetiger Gegensätzlichkeit.

Der Kampf der beiden Gewerkschaftsrichtungen untereinander mußte aber deshalb eine besondere Schärfe annehmen, weil der Katholizismus der katholischen Mitglieder der christlichen Gewerkschaften fortgesetzt seitens der Fachabteilungen eine Aufsehung erfuhr. „Siz Berlin“ mit seinen Fachabteilungen harrte sich als einzig berufenen Interpret der Auslassungen der kirchlichen Obern und da man sich „katholisch“ nennt, mußte man allein auch auf den Schutz und Schirm der Kirche rechnen zu können. Wir wollen davon absehen zu erzählen, welcher Weise die katholische Gesinnung der katholischen christlichen Gewerkschaftler von den Fachabteilern verdächtigt wurde. Kein Mensch aber kann verlangen, daß sich die katholischen christlichen Gewerkschaften alles bieten lassen. Sie haben sich deshalb fortgesetzt zur Wehr setzen müssen, um die „Märchen“, die „Siz Berlin“ als Tatsachen berichtet, als nicht hinustellen, was sie sind, und zweitens, um zu zeigen, daß die Theorie von „Siz Berlin“ die Arbeiterschaft unfähig macht, ihre gewerkschaftlichen Interessen wahrzunehmen, „Siz Berlin“ deshalb auch als Feind des kulturellen Aufstiegs der Arbeiterschaft zu bewerten ist.

Man geht wohl nicht zu weit mit der Behauptung, daß die christlichen Gewerkschaftler es hier mit einem Gegner zu tun haben, dessen Wesenart nach all den gemachten Erfahrungen eine hinterlistige und verschlagene ist. Kein Wunder, wenn da der Haß blüht. Das „Zentralblatt der christlichen Gewerkschaften“ wie auch die „Westdeutsche Arbeiterzeitung“ bringen in ihren letzten Nummern erneute Beweise von „Selbsttaten“, die „Siz Berlin“ verübte. Und kann man wirklich nicht verlangen, daß die christlichen Gewerkschaftler all dem stillschweigend zusehen. Die Kampfesweise von „Siz Berlin“ muß das Blut eines denkenden Arbeiters, der den Willen hat, seinen Stand vorwärts zu bringen, in Wallung bringen.

Doch jetzt soll Friede werden. So wünscht es Kardinal Fischer von Köln, der in seinem diesjährigen Fasten-Fürstenschreiben die katholischen Arbeiter ermahnt, alles zu vermeiden, was die Klüft vergrößert. Ausdrücklich hebt der Kardinal hervor, daß vom Papst beide Richtungen „zugelassen“ wurden; persönlich und brieflich sei ihm das selbst vom Papste mitgeteilt worden. Gegenüber den fortgesetzten Behauptungen in „Siz Berlin“, daß allein die katholischen Fachabteilungen die berufenen könnten auf die Billigung der kirchlichen Autorität, sind diese Ausführungen des Kardinals doppelt wertvoll. Das Fürstenschreiben fährt dann fort:

„Wie die Dinge dormalen stehen, ist leider vor der Hand an eine Verschmelzung beider Richtungen nicht zu denken. Allein ich hoffe: was hindert, daß beide Richtungen neben einander tätig und zum Wohle des arbeitenden Volkes? Was hindert namentlich, daß sie alle Befehle, alle Verbindungen, alle scharfe, verletzende Worte grundsätzlich ausschließen und verbieten? Was hindert, daß sie sich freundlich gegenüberstehen und gegebenen Falles zusammen wirken im Interesse der gemeinsamen Sache? Der Zwist hat sich leider in der allergrößten Zahl noch immer mehr zuspitzt; ich beklage es auf das tiefste. Gerade die Spaltung auf dem Gebiete der Fürsorge für das arbeitende Volk, dessen Wohl dem Bischofe besonders nahe liegt, ist das Herz der Oberherren verwunden, und ich bitte und befehle alle, die auf diesem Gebiete tätig sind, um der Liebe zu diesem arbeitenden Volke willen, sie mögen alle ohne Ausnahme jeglichen Anstoß und jegliche Bitterkeit gewissenhaft vermeiden und Einheit und Frieden wahren. Den Vorteil in solchem Zwiste haben nur die hochbegabten Gegner, die die beide Teile bekämpfen wollen.“

Streit sind die Verhältnisse und die Menschen, die, die Verhältnisse mißachtend, sich Lustschlösser bauen mit einer nie dagewesenen Macht der katholischen Kirche. Letztere verfügt in unserem Vaterlande weder über die Anhängerschaft der gesamten Bevölkerung, noch bestimmt sie Wirtschaftspolitik des Staates, noch ist sie in der Lage, auf die in ihrer über-großen Mehrzahl nichtkatholischen Arbeitgeber bezgl. der Lohn- und Arbeitsverhältnisse einen Einfluß auszuüben. Und wenn da Phantasten vom Schlage der Fachabteiler kommen, und das Evangelium der Entschagung predigen durch die Preis-gabe der so wie so fargen Hilfsmittel der Arbeiterbewegung, dann ist das eine Verhöhnung an der darbenenden Lohn-arbeitererschaft.

Das Fürstenschreiben des Kardinals bezieht sich auf die „Fürsorge für das arbeitende Volk“. U. E. ist weniger diese bei dem Gewerkschaftsstreit gefährdet, als die Selbst-hilfe der Arbeiterschaft. Geseht den Fall, alle Feindselig-keiten zwischen den beiden Parteien werden eingelöst, was steht der Arbeiterschaft dann bevor? Die christl. Gewerk-schaften dürfen sich nicht rühren; jeder Lohnkampf der von ihnen geführt wird, ist ein Verstoß gegen das Programm von „Siz Berlin“ und eröffnet sofort wieder die Feindselig-keiten. Verzichtet wir auf das letzte Mittel bei Lohnkämpfen, so ist nach der eben erklärten Einflußlosigkeit der katholischen Kirche im Wirtschaftsleben, den katholischen Ar-beitern alle Möglichkeit genommen, zu besseren materiellen und damit auch ideellen Lebensbedingungen zu gelangen. Werden die katholischen Arbeiter damit zufrieden sein? Nein! Sie werden dann dorthin gehen, wo sie bei Lohnkämpfen ihre Unterstützung finden, zur sozialdemokratischen Bewegung. Die Folge des Friedens und des „einträchtigen Zusammen-arbeitens der beiden Richtungen“ führt also gerade zu dem entgegengesetzten Ziele. Die „gemeinsame gute Sache“ der katholischen Arbeiter mag in der Anhänglichkeit an ihren Glauben und die Bekämpfung aller Umsturzbestrebungen be- stehen. Das hindert aber nicht, daß auch die katholischen Ar-beiter einen Magen haben, der zu gelegener Zeit knarrt, daß auch die katholischen Arbeiter vielfach eine Familie zu er-nähren haben auf deren Fortkommen sie bedacht sein müssen. Als einzige Einnahmequelle kommt der Arbeitslohn in Be-tracht, und diese Einnahmequelle zu vermehren und zu ver-bessern ist nur möglich durch die Geschlossenheit aller Ar-beiter und die Anerkennung des gewerkschaftlichen Prinzips. Wer dem Arbeiter sagt, daß er als Arbeiter auf andere Weise zu besseren Daseinsbedingungen gelange, wird den Tatsachen nicht gerecht. Nicht Theorien können dem Arbeiter helfen, sondern die Tat, die Selbsthilfe.

„Siz Berlin“ verhindert beide. Die Tat lehnt man ab durch eine Erziehung der Arbeiterschaft zu willenlosen Wert-zeugen in der Hand von Klerikern, die unser vielgestaltetes Wirtschaftsleben nicht kennen, die Selbsthilfe durch Berufung auf die Macht der in ihrem Aufgabebereich doch so begrenzten Kirche. Friede wird indes einmal werden: entweder verschwinden die Fachabteilungen, sei es durch ein Verbot der kirchlichen In-stanzen oder durch die Macht der Tatsachen im Wirtschafts-leben — und die gesamte christlich-gestimmte Arbeiterschaft findet sich in den christlichen Gewerkschaften zusammen; oder aber, der im Fürstenschreiben des Kardinals angeregte Friede tritt ein und mit ihm verschwinden christliche Gewerkschaften und katholische Fachabteilungen. Der Friede wird zum Kirch-hofsriede.

Hoffen wir, daß letzteres nicht eintritt. Die katholischen christlichen Gewerkschaftler werden gewiß alles tun, um den Frieden mit den katholischen Arbeitervereinen zu wahren. Den Fachabteilungen als Schutztruppe all jener Mächte, die den kulturellen Aufstieg der Arbeiterschaft hemmen, gilt indes der Kampf. Die christliche und katholische Arbeiterschaft ist stolzes ihrer Arbeiterehre und ihrer Selbsterhaltung schuldig.

Von der politischen Grenzschiede der Gewerkschaft. (Schluß.)

Geschieht wird die Verwirrung, wenn sich die Gewerkschaften auf unklare Arbeiterfreundlichkeit dazu verstehen lassen, die politischen Fragen vom Standpunkt des Arbeiters aus zu beurteilen. Denken wir nur an die Durchsetzung von Auffassungen und deren ständige Wiederholung der vorletzten Erhöhung der Getreidezölle. Einzig correct wäre gewesen, wenn die Gewerkschaften erklärt hätten, daß sie die Höhe nur in ihrer Einwirkung auf die Gewerkschaften, also nur vom Produzentenstandpunkt aus

angehen, nicht aber in ihrem Einfluß auf die Preisbildung. Den Konsumenten- und Parteiorganisationen hätte man einen Protest gegen die Lebensmittelverteuerung, wenn man dieselbe wirklich fürchtete, oder überhaupt eine Stellungnahme dazu überlassen sollen. Als Berufsverbände von Produzenten aber hätten sich die Gewerkschaften nur dann mit den Brotzöllen abgeben dürfen, wenn sie es getan hätten im Hinblick auf die Entwicklung der Landwirtschaft. Wären bereits Gewerkschaften von Landarbeitern vorhanden gewesen, so wären diese ja an einer Stellungnahme vom Standpunkt des Produzenten aus nicht vorbei gekommen. — Auch in unseren Reihen war man damals bekanntlich noch nicht im Reinen, und man hat diese Unklarheit gebüßt, aber auch daraus gelernt.

Heute herrscht bei uns in wirtschaftspolitischen Fragen eine heilsame Einmütigkeit. Als Produzenten beschäftigen sich die Arbeiter mit ihnen, wie z. B. mit der Einführung von Schutz-zöllen für einzelne Gewerbe. Das ist eine vorwiegend ge-werbepolitische Angelegenheit, und da die Gewerkschaften den ganzen Beruf, nicht nur dessen Unternehmer und Arbeitgeber, sondern auch die Lohnarbeiter angeht, können sozialpolitische Maßnahmen zugunsten oder ungunsten des Berufs die Gewerkschaften schlechterdings nicht kalt lassen. Wie die Zölle auf die Produktpreise einwirken, ist damit nicht gleichgültig geworden, darum kann und soll sich der Arbeiter anderweitig betümmern, vor allem eine Verteuerung der Lebensmittel durch die konsumgenossenschaftliche Organisation weitzumachen suchen. — Anders, wenn die zu erwartende Preissteigerung aus dem Grunde bekämpft werden müßte, weil sie rühms auf die Industrie selbst zurückwirkte. In diesem Sinne, d. h. eben wiederum in ihrer Eigenschaft als Produzenten, können die Gewerkschaften auch einmal wegen der Folge der Preissteigerung zu hohen Zöllen oder Steuern ansetzen.

So klar uns die Interessen Solidarität der Arbeitgeber und Arbeitnehmer in den angeedeuteten wirtschaftspolitischen Fragen einleuchtet, so selbstverständlich wird uns auch steuerpolitische Neuerungen daraufhin ansehen werden, ob sie nicht vielleicht die Gewerbe in ihrem Fortschritt hemmen könnten, von deren Ertrag auch wir zehren, so wenig rege ist noch unser Interesse in Fragen der Mittelstands-Sozialpolitik. Hier vergessen wir sehr oft, daß Gesetze und Verordnungen zugunsten des Mittelstandes auch unseren Vorteil bedeuten, und daß in vielen Einzelheiten, so vor allem auf dem Gebiete der handwerklichen Fachbildung, des Lehrlingswesens, des Befähigungs-nachweises u. a. unsere Mithilfe dem Handwerk von größter Bedeutung wäre, gleichviel, ob sie immer mit den Forderungen aller Richtung Hand in Hand gehen, oder neues, vielleicht ganz anderes anregen würde. Auch der Entwicklung der Industriefaktelle und den Gesetzesplänen zu ihrer Regulierung müßten wir u. E. wohl ein regeres Interesse entgegenbringen.

Die Gewerkschaft ist aber nicht schlechthin eine Organi-sation von Produzenten, sondern speziell die Organisation der einen Teiles derselben, der Lohnarbeiter. Insofern gehört in den Rahmen der gewerkschaftspolitischen Interessen die Aufgaben der Arbeiter-Sozialpolitik. Ihr Hauptinhalt läßt sich zusammenfassen in Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung. Daß diese für den Arbeiter ganz spezifische Berufs- und damit auch Gewerkschaftsangelegenheiten sind, bedarf kaum der Andeutung.

Es wird das um so einleuchtender, wenn man beobachtet wie der gesetzliche Arbeiterschutz eigentlich nur eine mit dem Druck der Staatsautorität durchgesetzte Fortführung und Ver-allgemeinerung gewerkschaftlicher Einwirkung auf den Arbeits-vertrag ist. Denken wir nur daran, wie der gesetzliche Normalarbeits-tag die gewerkschaftliche Regulierung der Arbeitszeit vollendet, indem er organisch an das Bestehende, also auch die gewerkschaftlichen Errungenschaften anknüpft und gleichzeitig eine allgemein gleiche Norm schafft, von der aus die freie Initiative der Selbsthilfe wieder weiter reformulieren kann. Das Hand in Hand-Arbeiten von Berufsorganisation und Gesetzgebung zeigt sich auch in einer gewissen Arbeit-teilung zwischen beiden, die zwar in gleicher Richtung, aber aus verschiedenen Gesichtspunkten heraus wirken. Der staatliche Arbeiterschutz ist mehr charitativer Natur; er nimmt sich der Schwachen an in richtiger Erkenntnis der erweiterten Anforderungen, die unsere Zeit an des Staates Verpflichtung stellt, keine Bürger zu schätzen; dagegen erstrebt die Gewerkschaft den höchst erreichbaren Fortschritt für die Arbeiter; ihre Forderungen wurzeln nicht in der Hilfsbedürftigkeit, sondern im Rechtsbewußtsein der Arbeiter. So begnügt sich z. B. die Gesetzgebung mit dem Normalarbeits-tag für Kinder und Frauen, während die Organisationen ihn auch dem männlichen Kollegen zuteil werden lassen und je nach Berufs-eigenschaft aber keine Mindestbegrenzung hinausschieben. Was so die öffentliche Fürsorge beginnt, greift die rechtsbewußte

Selbsthilfe auf, um es auch auf weniger Bedürftige auszu-
dehnen und zur Basis neuer Fortschritte zu machen.

Ebenso innig ist die öffentlich-rechtliche Arbeiterversicherung
mit dem gewerkschaftlichen Unterstützungswesen verbunden.
Die sehr sich bei Einführung der Krankenkassengesetzgebung
die Regierung an die Einrichtungen der Selbsthilfe, die
freien Hilfskassen anschmiegte, ist hinlänglich bekannt; des-
gleichen, wie die Ausführung unserer Versicherungsgesetze
von der Mitarbeit der Arbeiterschaft und deren Organi-
sationen abhängt und ergänzt wird. Bei den verschiedenen
Versuchen zur Einführung einer Arbeitslosenversicherung hat
sich wieder gezeigt, wie notwendig, wie dankbar und gelehrt
die Regierungsherren in die Schule der Gewerkschaften
gehen wollen. Einzelne Stadtverwaltungen und Einzel-
staaten neigen sogar mehr der ihnen an sich kaum sympathischen
Subventionierung der Berufsverbände zu als eigenen Ver-
sicherungskörperschaften.

So selbstverständlich aber die Gesetzgebung hier die Ge-
werkschaften braucht, so sind diese auch nötig bei der staat-
lichen resp. kommunalen Zwangsversicherung; selbst da, wo
man ihr noch feindselig gegenüber steht, wie z. B.
bei der Arbeitslosenunterstützung ist die positive und vor
allem auch negative Mitwirkung der Selbsthilfeorganisationen
an den Arbeiten der Gesetzgebung und Verwaltung unent-
behrlich. Ohne sie würde auch das Mögliche nicht ge-
schehen, vor allem aber würde das, was geschieht, so gemacht
werden, daß die Arbeiter mehr Nachteile als Nutzen
davon hätten.

Antugend, mitverwaltend, fortbildend und Mißgriffe ver-
hütend müssen also unsere Gewerkschaften als die Nächste-
rsten am Werke der eigentlichen Arbeiter-Sozialpolitik
mittätig sein.

Dasselbe gilt natürlich auch für die staatlichen Ver-
ordnungen, die Rechtsvertretung der Arbeiterschaft zu regeln
in Gewerbe-, Schieds-, Kaufmannsgerichten, in Arbeits-
kammern und was immer noch kommen möge. Man kann
diese Einrichtungen ja als einen Bestandteil des Arbeiter-
schutzes aufassen, indem besondere Organe der gewerkschaftlichen
Rechtspflege dienen sollen, um der wirtschaftlichen und
finanziellen Schwäche der Arbeiter entgegenzukommen und sie
vor der Schwermüdigkeit und Kostspieligkeit der ordentlichen
Gerichte zu retten. U. E. steht allerdings in der Bildung
besonders geeigneter Gerichte mit erweiterten Befugnissen
jenseits einer leichten, sachverständigen und bequemen Be-
legung gewerkschaftlicher Konflikte mehr als nur ein charitatives
Moment. Wir dürfen darin wohl überhaupt den Anfang
einer Demokratisierung der Rechtspflege, eine zunehmende
Zugang des Volkselementes als Sachverständige, also eine
Art von Subventionierung der Rechtspflege sehen. Wie
dem aber auch sei, jedenfalls behaft es auch hier der Initiative,
Mitverwaltung und des dauernd reformierenden Interesses
der organisierten Arbeiterschaft.

Zum Arbeiterthum gehört man auch die Sorge für die
Sittliche und geistig-ethische Beschaffenheit der Arbeiter. Soweit
sie in den Jahren des Arbeiterkampfes eingetreten, wie dies
z. B. bei der Bekämpfung der Schleicherei, Bekämpfung
der Arbeiter, eventuell der geplante Arbeiterparagrafen
der Ley Heine etc. sind sie wohl und sogar in erster Linie,
natürlich aber nicht ausschließlich, Gewerkschaftsangelegenheit.
Deshalb gilt von besonderer Pflege der menschlichen Ausbildung,
den Lehrgängen. Anders jedoch, sobald es sich um all-
gemeine geistig-ethische Angelegenheiten handelt, die den
Arbeiter nicht in erster Linie in seiner Eigenschaft als Ar-
beiter, sondern als Mensch u. a. als Mensch der weniger
gebildeten und mehr gefährdeten Klasse betreffen. Mit dem
Arbeiterkampf haben sie überhaupt nichts, mit der Lage des
besonderen Standes auch kaum viel zu tun. Derartige
Bemühungen, — wir denken an Volkshilfsvereine, das
menschliche Fortbildungswesen, künstlerisch bildende Ver-
eine etc. — liegen außerhalb der Sphäre der spezifisch
gewerkschaftlichen Interessen, sie gehen jene Organisationen
an, in denen sich die Arbeiter als Privatmenschen, als An-
gehörige ihrer Konfession zusammenschließen haben. Das
religiöse Moment wird hierbei meist eine bedeutende Rolle
spielen, jedoch man für unsere christliche Arbeiterschaft dieses
Gebiet der Selbsthilfe und Sozialpolitik am besten den
konfessionellen Arbeiter- und Gesellenvereinen überlassen wird.

Zur Selbstständigkeit will das Gezeigte nicht Anspruch er-
heben, es möge nur einmal Anregung zur gemäßigteren
Klärung, kann aber auch zu reger und mehr zielbewusster
Klärung auf diesem oder jenem noch vernachlässigten Ge-
biet. Schon wäre es, wenn sich an die Nachkommen unserer
Genossen das eine Heben der über gewerkschaftliche
Sozial- und Wirtschaftspolitik verhalten könnte. Dann an
politischen Erfolgen, wohl aber an Klarheit und damit doch
wiederum demnach der Fähigkeit des Schaffens können wir
hier gerade durch die demagogischen Parteienentwicklung
den klügsten Gewerkschaften weisweisen.

Verbandsnachrichten.

Bekanntmachung des Vorstandes.

Im Interesse der Kollegen machen wir darauf aufmerk-
sam, daß mit dem Erscheinungstag dieser Nummer der
5. Monatsbeitrag für die Zeit vom 30. Januar bis
5. Februar fällig ist.

Die nachstehenden Zahlstellen erklären die Genehmigung zur
Erhebung des angeführten Monatsbeitrags:

- 0,20 Mk. (Gesamtwochenbeitrag 0,70 Mk.) Jagstfeld,
Königsberg, Danabrad, Bad Reichenhall, Bannz,
0,20 Mk. (Gesamtwochenbeitrag 0,60 Mk.) Bamberg,
Kollat, Bilsen, Schramberg, Siegen.

0,06 Mk. (Gesamtwochenbeitrag 0,55 Mk.) Allenstein,
Delbe, Straßburg.

Quittung über die von den Lokalkassen zur
Stärkung der Hauptkasse eingesandten Summen:
Danzig 60 Mk., Rastatt 6 Mk., Posen 15 Mk., Pforzheim
10 Mk., Rattowitz 50 Mk., Reichenhall 50 Mk., Sauer
350 Mk., Mannheim 200 Mk., Reddinghausen 500 Mk.,
Stabbed 100 Mk., Fulda 12 Mk., Spaichingen 20 Mk.

Diejenigen Zahlstellen, die einen Lokalbeitrag neu einführen,
bzw. den vorhandenen Beitrag ändern, werden darauf aufmerksam
gemacht, daß sie von der Geschäftsstelle des Verbandes zum Ab-
stempeln der Marken einen Stempel mit der entsprechenden Zahl
beziehen können. (Siehe Anweisungen Seite 28.)

Die wöchentlichen Kranken- und Arbeitslosenmeldungen
fallen von jetzt an fort. Die bisherigen Karten brauchen also
nicht mehr eingeschickt zu werden. Statt dessen haben in Zukunft
die Meldungen in etwas anderer Form monatlich zu erfolgen.
Die Meldebare für den Monat Januar, ist, sofern
dies noch nicht geschehen, sofort abzusenden, auch dann,
wenn im Monat Januar in der Zahlstelle weder Arbeitslose, Durch-
reisende noch Kranke vorhanden waren. In diesem Falle ist nur die
Mitgliederzahl anzugeben. Die bereits im Laufe des Monats
Januar erfolgten wöchentlichen Meldungen sind in die Monats-
meldung einzubeziehen.

Bei der Ausbändigung neuer Mitgliedsbücher ist darauf zu
achten, daß das Mitglied sofort mit Unte seinen Namen auf das
Mitgliedsblatt schreibt.

Am umgehende Einzahlung der noch rückständigen Abrechnungen
wird dringend ersucht, ebenso um Einzahlung der ersten Monats-
rate pro I/1910.

Bei Selbstsendungen an die Zentrale muß stets auf der
Postanweisung bemerkt werden, wofür der Geldbetrag be-
stimmt ist, ob für Abrechnung vom IV. Quartal 1909, Katen-
zahlung für I. Quartal 1910, Krankenzuschußkasse oder zur
Stärkung der Hauptkasse. Diese Angaben auf der Postan-
weisung sind im Interesse einer geregelten Buchführung unbe-
dingt erforderlich.

Lohnbewegung.

Die Ortsverwaltungen haben bei allen Lohnbewegungen der
Zentralstelle jede Woche vor Reaktionschluß einen Bericht über
den Stand der Bewegung einzusenden.

Der Jagus ist ferngehalten

Schweizern und Maschinenarbeitern: Höchst a. M., Jannen
Kadi (Gubach) — Jassenhausen.

Zur großen Tarifbewegung. Mit einem neuen Vorschlag
zur Fortführung der Tarifverhandlungen tritt neuerdings der
Schweizerbund auf den Plan. Eine Kommission von fünf Arbeit-
gebern und zwei die Herrn Drasch-Bremen, Knieß-Rassel,
Zavadzli-Bertha, Schulle-Kiel und Bergmüller-
München, denen noch zwei Experten, die Herren Fohbe und
Schwenke-Berlin beigegeben sind, soll aus neue mit den Ver-
tretern der Arbeiterorganisationen in Verhandlungen eintreten.
Die Kommission soll sofort zusammentreten und
Vertreter der örtlichen Parteien zur Information
vorladen. Rechtsverbindliche Abmachungen gegen
den Willen der örtlichen Parteien darf die Kom-
mission jedoch nicht treffen. Die entgeltliche Ent-
scheidung behält sich vielmehr die Gesamtheit der
Verbandsvorsitzenden nach Abschluß der Kom-
missionsverhandlungen vor.

Dieser Vorschlag unterbreitete der Schweizerbund einer am
Freitag den 23. Januar im Marinensaal in Berlin stattgehabten
gemeinsamen Sitzung der Zentralverbände mit dem Resultat, daß
die Arbeitervertreter sich gegen den Vorschlag erklärten. Ins-
besondere wurde von Janna gegen den Vorschlag ins Feld geführt,
daß es zwecklos sei, mit einer Kommission wochenlang zu beraten,
wenn nicht die Garantie gegeben sei, daß die Arbeiten der Kom-
mission auch ausgeführt würden. Ein Gegenantrag der Ar-
beitervertreter ging dahin, direkt zwischen den Zentralvorständen
eine Verständigung zu versuchen. Doch wurde auch darüber ein
bestimmter Beschluß nicht gefaßt. Es sind also auch diese Be-
mühungen wiederum ohne positives Ergebnis verlaufen. Da auch
die örtlichen Verhandlungen infolge des geringen Entgegenkommens
der Arbeitgeber noch nicht zu einer Einigung geführt haben,
die Tarife aber bereits teilweise am 12. Februar ablaufen, so ist
leider nicht mehr viel Aussicht auf die Erhaltung des Friedens
vorhanden. Kommt es zum Krieg, kann tragen jene Arbeitgeber
die Verantwortung, die am 23. Dezember die Bildung eines
Schiedsgerichts abgelehnt haben. Das Schiedsgericht hat die
beste Garantie für die Erhaltung des Friedens. Die Arbeiter
müssen damit einverstanden sein, die Arbeitgeber nicht. Auf ihnen
muß daher die Verantwortung für den Schaden, der dem Schieds-
gericht infolge eines Kampfes entstehen wird.

Tariffähigkeit in Sachsen. Nachdem die Kollegen im
letzten Jahr den Tarif kündigen, wurde den Arbeitgebern
ein Entwurf unterbreitet, welcher eine sofortige Feststellung
des Lohnes auf 42 Pfg. vorsch. Die Arbeitgeber lehnten
jedoch Entgegenkommen ab. In Folge der schlechten Geschäfts-
lage wäre ein Streit unvermeidlich gewesen. Dieses haben die
Kollegen ein und beschließen, eine bessere Zeit abzuwarten.
Am 23. November 1909 jedoch, als die Zeit noch ungenügender
war, schickte die Leipziger-Zentrale die Unterzeichnung eines
Zwischenabkommens, der für diese eingearbeiteten Gesellen einen
Einkommen von 18—41 Pfg. bis zum 1. Januar 1913
vorsch. Gleichzeitig hat es in dem Schreiben der Zentrale:
„Im Juli nur können 10 Tagen im Besitz des un-
verändert Lohnes nicht sein werden, so werden wir gezwungen,
alle Schichten bis im nächsten Herbst anzuheben und
auszuführen.“ Die Arbeitgeber mußten aber ebenfalls ein-

sehen, daß man auf solche Art nicht zu einem Tarif
christlich organisierten Gesellen kommt. Ihre Angelegenheiten
waren für einen dreijährigen Vertrag so minimal, daß wieder
holt die Verhandlungen abgebrochen werden mußten. Ein
angeleglicher Brief des „Deutschen Holzarbeiterverbandes“ an
Posen, in welchem dieser Verband sich anbot, Leute in ge-
nügender Zahl bei 1 Pfg. Lohnhöhung zu liefern, wurde
vom Obermeister in der gemeinsamen Sitzung ausgehört
um die Gesellen einzuschrecken. Unser Bezirksleiter erklärte
dem Obermeister aber, wenn die „Genossen“ Leute liefern
wollten, müßten sie es tun, wir bleiben auf unserer Forderung
bestehen. Der soziald. Verband hat nur ein halbes Duzend
Mitglieder in Osnabrück. Unter anderem eines, das aus unserm
Verband ausgeschlossen wurde. Als die Arbeitgeber einliefen,
daß sie zu keinem Vertrag kommen würden und der Verband
den Kampf aufnehme, lenkten sie ein. Am 26. Januar
wurde dann auch ein Vertrag unterzeichnet, der den Gesellen
im ersten Gesellenjahr einen Minimallohn von 32—35 Pfg.
den älteren Gesellen einen Minimallohn von 38 Pfg. und
einen Durchschnittslohn von 42 Pfg. vom 1. April bring.
Sämtliche Gesellen erhalten eine Zulage von 2 Pfg. pro
Stunde. Das Landgeld wurde um 50 Pfg., der Zuschuß
auf Ueberstunden und Nachtarbeit um 5 Pfg., (jezt 10
20 Pfg.) erhöht. Bei auswärtigen Arbeiten gilt der Tarif
als Arbeitszeit. Den in unserm Verband organisierten Ge-
sellen darf wegen der Verbandsmitgliedschaft keine
Schwierigkeit gemacht werden. Der Tarif läuft nicht
am 1. Januar 1913 ab, wie die Tischlermeister es wünschten,
sondern am 1. April 1912. Sind auch nicht alle Wünsche
der Kollegen erfüllt, so ist der Erfolg bei der Geschäftslage
ein sehr schöner.

Berichte aus den Zahlstellen.

Neuß. „Wir sind nicht vorwärts und nicht rückwärts
kommen“, so hörten die Kollegen im Jahresbericht des Schwe-
izerbundes. Welch ein Zeugnis für die Neuzer Zahlstelle! Wer ab-
hier die hiesige Gegend kennt, weiß eben, wie der Hase läuft.“
Den organisierten Arbeiter trifft die Schuld, daß solche Beschul-
dungen vorhanden sind. Dieser Vorwurf fällt auf die Kollegen an die
die erklären: „Wir haben keine Gewerkschaft notwendig“, und
nur ein Bedürfnis haben für Rüstungswort und Antereste. Da
der Lausitz und Interessenlosigkeit für die soziale Arbeit hat
wir noch lange Arbeitszeiten und niedrige Löhne. Will man
einen guten Lohn haben, so müssen Ueberstunden „geliefert“
werden. Deshalb sehen wir auch die fremden Kollegen
schnell wieder verlassen. Ebenso werden die besten Arbeits-
nach auswärts in Arbeit (Düsseldorf, Kleinbroich, Grefeld etc.)
Wir bitten die Neuzer Kollegen, sie mögen die Beschäftigten
Neuß und der Nachbarorte mal studieren. Die ansässigen Arbeiter
tragen selbst die Schuld an den mangelhaften Verhältnissen, weil
die Kollegen, die für die Organisation einsehen, auslachen
für dumme Versuche, weil diese wöchentlich 60 Pfg. dem Be-
bande zuführen. Die Organisierten wissen, wo die Sache
steht. Sie sorgen für einen guten Lohn, wenn die Not an sie
tritt, Krankheit und Arbeitslosigkeit sie heftig, dann sind sie
sorgt. Möge doch in Zukunft bei allen Kollegen der Schw-
zum Durchbruch kommen: Wir wollen mithelfen an der Be-
besserung unserer Lage! Lernen wir die Bestrebungen der Schwe-
schaften kennen und uns zu ihnen zu machen. Haben wir ein
erreicht durch den Zusammenschluß und die Einigkeit aller Kollegen
(wo das Leben hier gerade so teuer ist wie anderswo), so
brauchen unsere Kinder und Familienangehörigen nicht in
Fabrik, um durch deren Verdienst die Lücke in der Haushaltung
löse in etwa auszufüllen. Drum heraus vor allen Dingen
den Vergütungsvereinen und sich erheben, nachbringender
gewöhnen zu unserm Vorwärtskommen, wir sind es uns selbst
der Familie schuldig. Für die organisierten Kollegen muß
im Frühjahr, die Zeit der Agitation, das Pflichtbewußtsein
wachen, unermüdet tätig zu sein für die Ausbreitung un-
Verbandes. Stillstand ist Rückgang. Und daß wir nicht
ständig sein wollen, hat die Generalversammlung bewiesen,
die Kollegen bestaunen: 20 Mark an die Hauptkasse
den Kampffonds einzusenden und Streikmarken kleben.
Wir wollen weiter werden und aufstehen. Simal müssen wir
Neuzer Kollegen doch zur Einsicht kommen, daß die Organisa-
tion für den Arbeiter die einzigste Rettung ist.

Breslau. Am Dienstag den 18. Januar fand im Reichs-
lokal der christl. Gewerkschaften unsere diesjährige Generals-
versammlung statt, welche sich eines guten Besuches zu er-
freute. Der Verlauf derselben zeigte, daß guter gewerkschaftl.
Geist die Kollegen befeelt. Auf der Tagesordnung stand u. a.
Genehmigung von 200 Mk. aus der Lokalkasse, zum Kampff-
an die Hauptkasse. Dieser Punkt wurde ohne größere Debatte
einmütig angenommen. Der nächste Punkt war die
Erhöhung des Lokalbeitrages um 20 Pfg. (Gesamtwochenbeitr.
80 Pfg.) ab 1. Januar. Auch dieser Punkt wurde einstimmig
angenommen. Bei der darauf gefolgten Vorstandswahl wurde
Stelle des bisherigen Vorsitzenden Kollege Gafke, Kol-
Göhne gewählt. Dem Kollegen Gafke sagen wir an die
Stelle unsern Dank für seine Mithilfe. Der übrige
stand blieb in seinen Ämtern. Nachdem noch der Bericht
auf die am Sonntag den 6. Februar stattfindende 10-jährige
Gründungsfeier unserer Zahlstelle hingewiesen, und die Kol-
auf die bevorstehende Gewerbegerichts Wahl aufmerksam ge-
macht, wurde die imposant verlaufene Versammlung geschlos-
sen. An die Kollegen der Zahlstelle Breslau ergeht hiermit der
„Auf zu neuer Arbeit, zu neuen Taten im neuen Jahr.“

Joppot-Oliva. Am 15. Januar fand für die Schw-
Oliva unseres Verbandes die Generalversammlung statt. Um
den Kollegen zu ermöglichen, vollständig zu erscheinen, wurde
jedem dieser Orte eine Versammlung abgehalten, trotzdem
einstimmige Geschäftsführung vorhanden war. In Joppot leitete
Kollege Fregner die Versammlung, während Kollege
wenn den Jahresbericht erstattete. In der anschließenden
Lektion wurde alleinig der Vorschlag des Vorstandes mit Fre-
loger für Joppot eine eigene Geschäftsführung eingetrich-
den nur haben kann die Schluß protokolliert werden.
Zum Geschäftsführer wurde Kollege Hoffmann gewählt und
Beiratensmann Kollege Bieleke. Nachdem für die Vorstand-
gewählt war, wurde die Stellung der Kollegen zur Tarifbewe-
erklärt. Darunter wurde betont, daß von der großen Be-
bewegung die Joppoter Holzarbeiter kann einen Nutzen
haben werden. Jedoch ist es noch nicht abgeschlossen, daß
hiesigen Kollegen in einen Kampffonds einbezogen werden.
Schließlich des Tages der Sitzung wurde beschlossen,
Zahlung von 20 Pfg. zu leisten, jedoch derselbe 80 Pfg.

Woche beträgt. Nachdem sich noch ein Kollege zur Annahme gemeldet hatte, mußte die Versammlung leider zu früh geschlossen werden, da die leitenden Kollegen an der Generalversammlung in Oliva teilnehmen mußten. — In Oliva liegen dem vom Kollegen Radmann erstatteten Geschäftsbericht die Verhältnisse bedeutend günstiger als in Zoppot. Dank der eifrigen Arbeit des Vertrauensmannes sind die Beiträge gut eingegangen; die Kollegen haben gar, ohne daß ein Beschluß in dieser Hinsicht gefaßt, vom 1. Januar den Beitrag von 80 Pfg. gezahlt. (v. D. N.) Zur Geschäftsführung wurden die Kollegen v. M. als Geschäftsführer, Spurgarisch als Schriftführer und Urbanski als Vertrauensmann wiedergewählt. Bei der Vorbereitung der Tarifbewegung waren alle Kollegen von dem Ernst der Situation überzeugt. Auch hier wurde den Kollegen der Antrag unterbreitet, den Lokalbeitrag um 20 Pfg. zu erhöhen. Dagegen wurde mit Begeisterung einstimmig angenommen: Der Lokalbeitrag wird ab 1. Januar um 20 Pfg. erhöht, der Wochenbeitrag 80 Pfg. beträgt. Ferner wird der Vorstand beauftragt, sofort einen Teil des Lokalkassenstandes und vom 1. Januar den vollen ordentlichen Wochenbeitrag von 50 Pfg. an die Hauptkasse abzuführen. — Damit haben auch die Kollegen von Zoppot und Oliva gezeigt, wie sie auf der Höhe stehen und Opferbereitschaft besitzen. Nur ist es auch möglich, den eventuellen Kampf siegreich durchzuführen. — Für die Kollegen von Oliva hat sich auch in der Anfrage die Sache zum Besten gewendet. Während sie früher an der Versammlungstafel mit den „Genossen“ des roten Maurerbandes teilen mußten, haben jetzt die Vorstände der hiesigen Gruppen in Thierfelds Hotel ein gemeinschaftliches Bekehrungsgesellschaft gegründet.

Honnelt. Am Samstag, den 22. Februar fand die diesjährige Generalversammlung unserer Zahlstelle statt. Neben der Vorstandswahl wurde auch die Erhöhung des Lokalbeitrages vorgenommen. Die Kollegen einigten sich darauf, daß ab 1. Februar der Lokalbeitrag um 5 Pfg. erhöht (Gesamtbeitrag 60 Pfg.) und ein Arbeitsbeitrag pro Mitglied und Woche von 20 Pfg. während der Dauer der Tarifbewegung erhoben wird. Falls es notwendig ist, noch ein höherer Beitrag angefordert werden. Der Beschluß wurde einstimmig gefaßt. So haben auch in unserer kleinen Zahlstelle die Kollegen die gegenwärtige Lage der Holzarbeiter erkannt und werden fernerhin das Wort nicht vergessen: „Einer alle und alle für Einen.“ Wenn auch hier, wie an manchen Orten des Mittelrheins, unser Vorwärtskommen durch den Inzerentismus gehemmt wird, so darf doch keine Arbeit geschehen, bis der letzte Mann sich unsern Reihen angegliedert hat. Die Kollegen am Orte sind nicht gerade auf Rosen gebettet und ein einzig und geschlossenes können wir das erreichen, was uns nützt und das wollen wir!

Windau. Günstig gelegen am Gestade des Bodensees liegt die schöne Städtchen Windau, genannt das deutsche Benedikt. Hier wurde vor einem Jahre eine Zahlstelle des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter gegründet. Diese hielt nun am 16. Januar ihre erste Generalversammlung ab. Der Vorsitzende, Kollege Haffner, gab den Jahresbericht. Aus demselben war zu entnehmen, daß die Zahlstelle trotz der schwierigen Verhältnisse, mit der die Kollegen zu kämpfen haben, sich gut entwickelt hat. Der Mitgliederbestand hat sich auf eine den Verhältnissen entsprechende Höhe gehoben. Auch die Lokalkasse weist einen guten Anfang auf. Kollege Heller-Kempner führte dann in einem Referat die Kollegen die Aufgabe der Ortsverwaltung und der Mitglieder an. Er wies die Kollegen ferner auf den bevorstehenden Kampf hin. Der Vorstand wurde einstimmig wiedergewählt; dem Vorsitzenden, Kollegen Haffner, sei auch an dieser Stelle für seine unermüdete Tätigkeit der Dank ausgesprochen. — Kollegen von Windau! Erkennt die Zeichen der Zeit und arbeitet in eiuiger zielbewusster Arbeit wie bisher. Trachtet darnach, daß die Unorganisierten hier am Orte endlich einmal einsehen, daß ihre Interessen nur im Zentralverband christlicher Holzarbeiter voll und ganz vertreten werden. Deshalb Aufklärung und Agitation, dann wird auch das kommende Jahr für die Zahlstelle ein gutes sein.

Zoppot. Am 23. Januar hielt unsere Zahlstelle ihre Generalversammlung, um dann wieder mit neuem Mut und frischer Kraft ins neue Verbandsjahr einzutreten. Mut und Kraft tut uns not, denn ein Rückblick auf vergangene Jahre nimmt uns nicht gerade freudig. Waren die Kämpfe von außen nicht von besonderer Bedeutung, so hatten wir doch Schwierigkeiten aus dem Kreise unserer Mitglieder zu überwinden. Es ist die alte, ungeliebte der ersten Tage unserer Verhältnisse, uns unbegreifliche Laune und Interessenlosigkeit, die uns überall hemmend entgegentritt. — Neben dem Kassen- und Geschäftsbericht fand die Neuwahl des Vorstandes auf der Tagesordnung. Kollege Schmitz-Freiburg hatte uns mit seinem Besuch erfreut und übernahm während der Dauer der Wahl die Leitung der Versammlung, die diesmal einen besseren Besuch aufzuweisen hatte. Unser feierlicher Vorsitzender, Kollege Anton Schmitz, legte sein Amt besonderer Umstände halber nieder, doch keineswegs, um sich zurückzuziehen, sondern um künftig noch intensiver mitzuwirken. An seine Stelle wurde Kollege Harres, der seit längerer Schriftführer gewählt. Das Amt des Kassierers behält unser Kollege Grazer. Die Wahl schien uns etwas schwer zu fallen, da es uns hier an alten Kollegen fehlt, die ihre volle Kraft der Arbeit in unserem Verbande widmen. Doch unser Kollege Schmitz verstand es, wichtig Mut zuzusprechen, und die junge Mannschaft an die Gewerke zu rufen. Es ist wahr, und dürfte vielleicht manchem jungen Gewerkschaftler gesagt werden, es stehen viele in unseren Reihen, die ihre Gaben und Kräfte unterschätzen. Es ist not, daß jeder Kollege, auch der Jüngste eine Fähigkeit dem Gedächtnis unseres Wertes zur Verfügung stellt. Der Kürze der Zeit wegen konnte Kollege Schmitz ein vorläufiges Referat nicht mehr halten. Dafür gab er uns aber einige recht praktische Ratschläge zu einer kräftigen Weiterentwicklung unserer Zahlstelle, und wies uns darauf hin, wie uns die künftigen Vorgänge und auch ein Blick in die Zukunft nötigen, die Agitationsgelagenheit anzulegen. Auch dürfen wir die Wichtigkeit der Kleinarbeit nicht aus dem Auge lassen. Schließlich wurden wir noch vor die Frage gestellt, ob nicht auch wir in der Lage sind, einen bestimmten Betrag an die Hauptkasse abzuführen, worauf sich die Versammlung dahin einigte, vorläufig 10 Mk. an die Hauptkasse zu senden. Es ist wenig, aber es zeigt uns die Überzeugung, daß es gilt, alle Kräfte zu vereinigen, um in einem Kampfe bestehen zu können. Auch wir sollen unseren Kollegen anderwärts, auch unseren Segnern an Ausdauer und Opferbereitschaft nicht zurückstehen.

Frankfurt (Oder). Am 2. Weihnachtsfeierabend hatten wir eine große Versammlung, welche vom Kartell einbestimmt war. Die Teilnehmer Halle vom Gewerbeverein christl. Bergarbeiter referierte über den Zwangsarbeitmachern. Am Schluß der Versammlung fand eine Resolution im Sinne des Referats Annahme. Am 22. Januar hatten wir unsere Generalversammlung. — Am nächsten eine große Tagesordnung zu erledigen. Kollege

Schneider legte mit Rücksicht auf seine Gesundheit das Amt als 1. Vorsitzender nieder. Es wurden gewählt: Kollege R. Bökel 1. Vorsitzender; Schneider, 2. Vorsitzender; Berke, Kassierer; Kroler, Schriftführer; die Kollegen Frietsch und Krause als Beisitzer. Aus Anlaß der Tarifbewegung beschloß die Versammlung, bis auf weiteres einen freiwilligen Beitrag von 10 Pfg. zu jeder Versammlung zu erheben. Des weiteren wurde noch beschlossen, einen Bibliothekskrant für die Zahlstelle anzuschaffen.

Stalohn. Der Organisationsgedanke macht im Münsterlande immer weitere Fortschritte. Auch hier fanden sich am 27. Januar eine Reihe Kollegen zusammen, um der Errichtung einer Zahlstelle des Verbandes näher zu treten. Nach einem Vortrage des Kollegen Schick-Boschum über die Notwendigkeit der Organisation wurde die Gründung einer Zahlstelle des Zentralverbandes christlicher Holzarbeiter beschlossen und der Vorstand und die Vertrauensleute gewählt. Es traten sofort 18 Kollegen dem Verbande bei und hoffen die Kollegen, daß in kurzer Zeit die noch fehlenden gewonnen werden. Jetzt gilt es, die neue Zahlstelle gut auszubauen und durch eifrige Agitation und Schulung der Mitglieder auch hier, wie an andern Orten des Münsterlandes einen festen Stand für unsern Verband zu gewinnen.

Freiburg i. B. Am 22. Januar hielt unsere Zahlstelle ihre ordentliche Generalversammlung ab. Der Besuch ließ insolge anderer Veranstaltungen zu wünschen übrig, trotzdem in anberacht der wichtigen Tagesordnung ein vollzähliger Besuch seitens der Kollegen nur zu begrüßen gewesen wäre. Daß die Tagesordnung eine wichtige war, bewies der rege Verlauf der Versammlung. Hatte schon der Jahresbericht, welcher vom Vorstand den Mitgliedern schriftlich zugestellt wurde, im Gegensatz zu andern Jahren eine rege Diskussion zur Folge, so wurde dieselbe im zweiten Punkte, welcher die Erhöhung des Beitrags anbetraf, noch wesentlich lebhafter. In anberacht der hier so ungünstigen Geschäftslage war dies für die Kollegen eine schwerwiegende Frage. Doch zeigte sich auch hier der Opfermut der Kollegen, und wurde einem Antrag gemäß aus Anlaß der großen Bewegung im Holzgewerbe der Beitrag auf 70 Pfg. festgesetzt. Ferner wurden zur Stärkung der Hauptkasse derselben 200 Mk. für sofort aus der Lokalkasse überwiesen. Im weiteren Verlauf der Versammlung wurde dann zur Neuwahl des Vorstandes geschritten, wobei größtenteils die alten Kollegen wiedergewählt wurden.

Mannheim. Am 22. Januar hat die Zahlstelle Mannheim ihre jährliche ordentliche Generalversammlung abgehalten. Der Besuch war ein guter. Die Abwidlung der Berichte vom Schriftführer, Kassierer und Vorsitzenden ging rasch von statten. Aus dem vielseitigen Bericht des Kassierers ist hauptsächlich hervorzugehen die stetig steigende Mitgliederzahl und der Lokalkassenbestand von 875,17 Mk. trotz des 7 wöchentlichen Streiks, der die Lokalkasse stark belastete. Die Vorstandswahl ergab mit Ausnahme je des zweiten Schriftführers, Kassierers und Beisitzers keine Aenderung. Einen ziemlich breiten Raum in den Verhandlungen nahm der Beitragserhöhungsantrag ein. Es gibt wohl überall Kollegen, die es absolut nicht begreifen können, daß unsere aufwärtsstrebende Organisation nur mit Hilfe der Opferwilligkeit der Kollegen ihr Ziel erreichen kann. Ist das nicht zu verwundern, so muß es doch als eine bedenkliche Erscheinung im Gewerkschaftsleben bezeichnet werden, wenn die Kollegen roter Couleur in einer großen Fabrik am Platze unsere Mitglieder, hauptsächlich die jüngeren, bearbeiten, gegen die in jetziger Zeit so notwendige Beitragserhöhung zu stimmen. Kollegen, merkt ihr etwas?! Es gereicht dieses Vorkommnis den roten Verbändlern nicht zur Ehre, umso mehr, als sie selbst bezgl. des Beitrages von Erhöhung zu Erhöhung schreiten. Wir haben den Beitrag auf 70 Pfg. pro Woche erhöht. Den auch-Kollegen roter Farbe zur Notiz, daß am letzten Ende unsere Kollegen doch wissen, was notwendig ist. Ebenso wurde dem Antrag der Zentrale auf Stärkung des Kampffonds stattgegeben. 200 Mk. wandern nach Köln.

Gewerkschaftliches.

Tiefgründige Weisheit offenbart sich in einer Artikelserie über die „gewerkschaftlichen Organisationen in der Holzindustrie“, die eben in dem Organ des „Bund deutscher Tischlerinnungen“ der „Deutschen Tischlerzeitung“ (Nr. 4), begonnen wird. In der Einleitung erwähnt der Artikelschreiber die Mitgliederverluste aller Gewerkschaften und sagt dann bezgl. der christlichen Gewerkschaften im Jahre 1908:

„Man wird schwerlich in der Annahme fehlgehen, daß insolge der Zentrumspolitik, die gerade die minder kräftigen Schultern durch die sogenannte Reichsfinanzreform in so ungeheurer Weise belastete, die denkende Arbeiterchaft sich in Zukunft in noch weit stärkerem Maße von den „christlichen“ Gewerkschaften abenden wird, oder daß sich ähnlich Vorgänge wiederholen wie im Jahre 1902, wo der Widerspruch gegen die Zolpolitik des sich so arbeiterfreundlich gebenden Zentrums, die ebenfalls vorwiegend die schwächeren Schultern belastete und im letzten Grunde auch die wirtschaftliche Depression der letzten Jahre herausbeschoren hat, dazu führte, daß der christliche Metallarbeiterverband, wenn auch nur vorübergehend, aus dem Gesamtverbande ausgeschlossen wurde.“

Abgesehen davon, daß sich anscheinend die „Tischlerzeitung“ mit dem Artikel ein „Rückwärts“ hat ins Neß legen lassen, verrät der Gedanke, eine Einfältigkeit sondergleichen, daß die christlichen Gewerkschaften mit der „Zentrumspolitik“ stehen und fallen sollen. Die in ihrem parteipolitisch-neutralen Charakter liegende Stärke der christlichen Gewerkschaftler sollte denn doch auch ein mit der Materie nur halbwegs vertrauter „Schriftsteller“ nicht unterschätzen; selbst dann nicht, wenn er seine „Meinung“ der soziald. Ruffahrer entlehnt.

Der Schlagfests. Unsere Stellung des Korrespondenzblattes des sozialdemokratischen Verbandes der Lapezierer, ob seiner „Passensterei“ bequemt das Blatt jetzt zu folgendem Geständnis:

„Mit demselben Rechte, wie das christliche Gewerkschaftsorgan im „christlichen Sinne“ zu wirken sucht, kann ein anderes doch wohl im sozialistischen und freidenkerischen Sinne wirken? Die Unterzeichner sehen freilich die „Aufklärung“ im Sinne einer christlichen Weltanschauung lieber. Wir danken dafür; diese Unternehmungen fördern wir nicht.“

Dazu darf bemerkt werden: Niemand verweist dem Verbande der Lapezierer und seinem Organ im sozialdemokratischen und freidenkerischen Sinne zu wirken. Nur soll man dann aber auch ehrlich genug sein, allen Agitatoren des Verbandes „eins drauf“ zu geben, die auf den Mitgliederfang für ihren religiös und politisch „neutralen“ Verband gehen. Man soll auch so ehrlich sein, Organisationen von Arbeitern, die eine andere Meinung haben, die Streikbewegung unterstützen

„Spiel“ man aber den „Neutralen“, so muß man sich schon gefallen lassen, bei der Verletzung des Prinzips der Neutralität gestraft zu werden. Und zu den Aufgaben einer „neutralen“ Organisation gehört nicht die Bekämpfung des „Passentums“. Das „Passentum“ (um im sozialdemokratischen Jargon zu reden) ist nun mal eine Einrichtung der christlichen Kirchen und ein Angriff auf jenes ist auch ein Angriff auf diese. Ein Gewerkschaftsblatt hat weder die Aufgabe das „Passentum“ als solches herauszufreien noch zu bekämpfen, sondern nur den gewerkschaftlichen Interessen der Mitglieder zu dienen. Wo hingegen seitens einzelner Geistlicher den rein gewerkschaftlichen Bestrebungen der Arbeiterschaft Hindernisse bereitet wurden, hat noch kein christliches Gewerkschaftsblatt ein solches Gebahren gebilligt. Der Kampf mit den „Fachabteilungen“ dürfte das genügend beweisen. Die Kirche und ihre Einrichtungen als Gesamtheit aufgefaßt, sind dem kulturellen Aufstieg der Arbeiterschaft keineswegs ein Hindernis, eher das Gegenteil. Wie im übrigen die Arbeitgeber von der Erziehung der Arbeiterschaft durch die christlichen Gewerkschaften denken, mag sich das Korrespondenzblatt des sozialdemokratischen Lapeziererverbandes vom bekannten Kirddorf lassen.

Veringert ist der Gauleiter des soziald. Transportarbeiterverbandes Reinmüller aus Karlsruhe. Bei Gelegenheit eines Streikes der Zeitungsträgerinnen hatte Reinmüller dem Kartell der christl. Gewerkschaften in Pforzheim den Vorwurf des Streikbruchs gemacht. Mit nicht sehr schmeichelhaften Worten wurde Reinmüller daraufhin vom Kartellvorsitzenden aufgefordert, seine Behauptungen gerichtlich zu beweisen. Reinmüller strengte dann wirklich Klage an und erreichte, daß der Kartellvorsitzende Frank wegen formaler Beleidigung verurteilt wurde. Da der Verurteilte indes Widerspruch wegen des Vorwurfs der Streikbrecherei erhob, fiel auch Reinmüller herein. Eine eingehende Beweisaufnahme ergab die Haltlosigkeit seiner Behauptungen. Letztere kosteten ihm 55 Mk. Geldstrafe und die Hälfte der Kosten des Prozesses, den er selbst gegen einen andern angestrengt.

Nicht zufrieden scheinen manche Hirsch-Dunderfischen Gewerksvereiner mit der Leitung ihrer Organisation zu sein. In dem Pfingsten in Berlin stattfindendem Verbandstag (Kongress) sind bereits eine Anzahl Anträge eingelaufen, die solche erkennen lassen. U. a. fordert man, daß das Verbandsorgan „weniger in trockenem Tone“ redigiert wird und mehr geistige Anregung in die Mitgliederkreise bringt. Die Schreibweise soll mehr „wissenschaftlich prinzipiell“ sein, wie es auch der letzte Verbandstag beschlossen habe. Der Verbandstag soll ferner feststellen, warum der parlamentarische Ausschuß seine Tätigkeit eingestellt hat und warum bei wichtigen Anlässen nicht mit den politischen Parteien in Verbindung getreten wurde. Der Verbandstag soll auch die Verweigerung des Rechtes der Annahme eines politischen Mandats seitens einzelner Gewerksvereine als nicht angängig erklären. Die Verbandsleitung soll die Wiederherausgabe des Arbeiter-Jahrbuchs durchführen und eine Buchabteilung errichten. Ingerichtet soll der Verbandstag sein Bedauern darüber aussprechen, daß seitens der Verbandsleitung trotz vielfacher früherer Beschlüsse nicht mehr billige Schriften und Flugblätter herausgegeben worden sind. Er erwartet für die Zukunft endlich eine Abstellung dieser Mängel. — Wirklich, alles schöne Dinge, die durchgeführt werden könnten, wenn die Hirsch-Dunderfischen Gewerksvereine 1. andere und 2. mehr Mannschaften hinter sich hätten.

Sozialdemokratische Arbeiterinteressenvertretung sieht oft absonderlich aus. Neuerdings registriert der „Korrespondent“ des soziald. Buchdruckerverbandes wieder einen diesbezgl. Fall der „Leipziger Volkszeitung“, eines Hauptorgans der soziald. Partei. Der Verlag des sonst gerade nicht in hohem Ansehen stehenden Blattes „Nach Feierabend“ in Leipzig hatte seinem Buchdruckerpersonal zu Weihnachten den doppelten Lohn auszahlen lassen, was die „Leipziger Volkszeitung“ bemerkt, um zu zeigen, wie wenig eigentlich der Verlag Ursache hätte, sich als Wohltäter seiner Arbeiter aufzuspielen. Mit aller Deutlichkeit wird dem Verlage zu beweisen gesucht, daß er sich sein soziales Verändnis für die Arbeiter sparen könne.

„Denn die kurzfristigen Arbeiterfrauen“, so schreibt der „Korrespondent“, die geistiger Nahrung nur durch das Lohndübel einer Abonnentenversicherung zugänglich sind, scheinen der „Leipziger Volkszeitung“ näher zu stehen als die gewerkschaftlich und zum Teil in der sozialdemokratischen Partei organisierten Arbeiter in Meyers Verlag. Es ist diese Begriffsverwirrung des Leipziger Arbeiterblatts eine so augenfällige, daß sie selbst alten Parteigenossen über die Gucknar geht. Von einer offenen Stellungnahme gegen diese neueste Glanzleistung der „L. V.“ wollen einige der Betreffenden, wie sie uns ausdrücklich mitgeteilt haben, nur deshalb Abstand nehmen, weil sie fürchten, mit ihrem eigenen Parteiblatt in der schlimmsten bekannten Weise durch die Gasse geschleift zu werden. Und so etwas nennt sich „Organ für das arbeitende Volk“!

Soziale Rundschau.

Großes Teil will der soziald. Presse („Vorwärts“, „Theinische Zeitung“, „Korrespondenzblatt des Verbandes der Lapezierer“ u.) widerfahren sein, als sie im „Holzarbeiter“ die Bemerkung fand, daß „die herrschenden Gewalten ein Dummheitspatent haben müßten, falls sie in eine Aenderung des preussischen Wahlrechtes einwilligen, weil es die Sozialdemokratie so haben will.“ Wohlweislich unterläßt man es bei der Wiedergabe dieses Satzes, das Wort Sozialdemokratie in Sperrdruck hervorzuheben (wie es im „Holzarbeiter“ geschehen ist), um eine bessere Handhabung zu haben, auf die „Scharfmacherei“ des christlichen Gewerkschaftsblattes hinweisen zu können. Obschon wohl kaum ein christlicher Gewerkschaftler vorhanden sein wird, der der Bekämpfung des heute geltenden preussischen Landtagswahlrechtes das Wort redet, müssen wir doch das von der soziald. Presse kritisierte voll und ganz aufrecht erhalten. Die Gründe, die die Sozialdemokratie zu dem Orange nach einer Aenderung

des Wahlrechts bewegen, können für Nichtsozialdemokraten gar nicht in Frage kommen. Wenn christliche Arbeiter eine Veränderung des Wahlrechts verlangen, tun sie dieses aus dem Gefühl der Gerechtigkeit hinaus. Anders dagegen die Sozialdemokratie. Schrieb doch die soziald. Essener „Arbeiterzeitung“ diesbezgl. im September v. J.:

„Wenn wir das allgemeine, gleiche, geheime und direkte Wahlrecht für alle gewählten Körperschaften verlangen, so tun wir es nicht deshalb, weil dieses Wahlrecht allein der Gerechtigkeit entspricht, sondern weil es den Klassenkampf der Arbeiter zu fördern geeignet ist und weil schon der Kampf um dieses Wahlrecht ungemein aufrüttelnd und aufklärend wirkt, also wiederum ein Hilfsmittel im Klassenkampfe ist. Es existiert eben kein gemeinsames „Wohl der Gesamtheit“. Die Gesamtheit besteht eben aus einer Anzahl verschiedener Wirtschaftsgruppen mit gegensätzlichen Interessen. Deshalb gibt es auch keine für alle herrschende Gerechtigkeit in politischen Dingen. Denn was der einen Gruppe nützt, schadet notwendig der anderen.“

Nach der soziald. Auffassung gibt es also keine Gerechtigkeit, die für alle Menschen gleich ist. Die Sozialdemokratie verlangt eine Veränderung des Wahlrechtes nur, um durch die Schädigung anderer sich zu nutzen. Hatten wir da nicht recht, wenn wir schrieben, daß die herrschenden Gewalten ein Dummheitspatent haben müßten, wenn sie in der Wahlrechtsfrage nachgeben würden, weil es die Sozialdemokratie so wolle? Mögen die so entrüsteten Genossen in den Redaktionen doch einmal die „Sozialistischen Monatshefte“ nachlesen. Sie werden dort finden, wie tölpelhaft sie in der Wahlrechtsfrage operieren.

Der Arbeitnehmer-Arbeitsnachweis war in den letzten Tagen Gegenstand eingehender Debatten im preussischen Landtage. Die preussische Regierung sollte Rede und Antwort stehen über den Zwangs-Arbeitsnachweis des Zechenverbandes im Ruhrgebiet. Welche Antwort seitens des Handelsministers gegeben wurde, stand von vornherein fest: „Die Lätigkeit der Nachweise bleibt erst einmal abzuwarten; solange grobe Mißstände nicht bekannt werden, ist ein Einschreiten der Regierung nicht angebracht.“ — Die beste Lösung der ganzen Streitfrage wäre unzweifelhaft ein Reichs-Arbeitsnachweisgesetz mit dem Verbot der Arbeitsvermittlung durch Private und einseitige Interessengruppen. Der Abgeordnete Trimborn richtete bei Gelegenheit der Besprechung der Arbeitsnachweis-Interpellation die Bitte an alle Sten- und Aktenbesitzer, sich doch mehr darum zu kümmern, auf welche Weise ihre Namen zustandekommen, ob durch Arbeit unter Respektierung der menschlichen Würde oder unter wirtschaftlicher Fesselung großer Arbeitermassen. Der ausgesprochene Wunsch ist gewiß so berechtigt wie nur etwas sein kann. Ob die Anregung indes Erfolge zeitigt, kann sehr bezweifelt werden. Das soziale Gewissen rührt sich selbst bei den als sozialfortschrittlich geltenden Angehörigen der besitzenden Klassen nach den schon oft gemachten Erfahrungen nur dann, wenn „die anderen“ ein unsoziales Verhalten an den Tag legen. — Uebrigens soll jetzt die badische Regierung Erhebungen anstellen über die Mißstände, die sich aus der Praxis des Arbeitsnachweises der Industrie Mannheim-Ludwigs-hafen aus ergeben haben, an. Alle Arbeiter, die infolge Beteiligung am Streik über verhältnismäßig lange Zeit oder bis jetzt gar nicht wieder in Arbeit getreten sind, werden über ihre Erfahrungen mit dem Arbeitsnachweis vernommen.

Das „Erstarre Programm“ schreibt Wally Jopler in den „Sozialistischen Monatsheften“:

„Wie viele gibt es noch in der Partei, die bereit wären, das Erstarre Programm mit Haut und Haar zu übernehmen. Wie viele sind noch davon überzeugt, daß die Entwidlung „mit Naturnotwendigkeit“ zum völligen Untergang des gesamten Kleinbetriebes führt, daß die Bauern zu den verarmtesten, verarmtesten Mittelstufen gehören? Welcher Gewerkschafter wird noch zugeben, daß die wachsende Produktivität der menschlichen Arbeit für die Arbeit nur wachsende Zunahme der Unzufriedenheit ihrer Erzeugnisse, des Glanzes, des Drucks, der Ansehens, der Erleichterung, der Ausbreitung, bedeutet? Wer sieht heute, daß die Kräfte immer unzulänglicher und verzerrter werden? Und wer glaubt in der Epoche der Gewerkschaftsbewegung und der durch sie bewirkten Sozialpolitik, daß die „allgemeine Unzufriedenheit“ zum „Normalzustand“ der Gesellschaft geworden ist? Ein Punkt nach dem anderen wird aufgegeben, oder sein Geltungsgebiet wird eingeschränkt und nicht nur die Berufstätigen, sondern auch von den prägnantesten „Kadetten“ aufgegeben, so steht man einmal daran zu glauben, daß die Interessen des menschlichen Lebens sich an keinen Glanz binden, wohl aber die soziale Lyone, die zur Abstraktion aus den Interessen ist.“

Wie sagte doch Lenin auf dem Ersten Gewerkschaftskongress 1905? „Wir sehen zuviel, um zu glauben.“ Doch das galt gegenüber dem Christenglauben. Beim Erstarre

Programm sieht man noch mehr, glaubt aber trotzdem nicht nur, sondern lehrt auch noch das Evangelium des Marx'schen Sozialismus.

Eine Reichsstatistik über Mißbrand. Für solche Personen, die bei ihrer Beschäftigung mit Rohmaterialien von Tieren zu tun haben, bildet der Mißbrand eine große Gefahr. Deshalb hat der Bundesrat beschlossen, daß die Anzeigepflicht eingeführt wird bei allen Erkrankungen und Todesfällen, bei denen der Mißbrandverdacht vorliegt. Gleichzeitig ist angeordnet worden, daß fernerhin im gesamten Reich über den Mißbrand eine regelmäßige Statistik geführt wird. Zur statistischen Feststellung sind je nach den Betrieben verschiedene Formulare ausgegeben worden.

Berufswahl und Berufsfrankheiten. In diesen Wochen entsteht wieder in vielen Tausenden Familien die Frage, was für einen Lebensberuf die zu Ostern aus der Schule kommenden Kinder ergreifen sollen. Früher kam die Berufswahl hauptsächlich für die Knaben in Betracht, heute müssen auch große Scharen von Mädchen in einen Beruf eintreten und darin vorbereitet werden. Bei der Entscheidung der Frage, welchem Berufe ein Junge oder ein Mädchen zugeführt werden soll, werden viele Momente berücksichtigt, die Geschicklichkeit und die Vorkenntnisse, die Aussichten und die Verdienstmöglichkeit usw., ein Moment aber hat bei der Berufswahl immer noch einen zu geringen Einfluß: Die Frage, ob die Kinder ihrer körperlichen Konstitution nach für die zur Wahl stehenden Berufe geeignet sind.

Durch die Verbesserung des Arbeiterschutzes und durch die Verkürzung der Arbeitszeit werden zweifellos oft solche Veränderungen geschaffen, die auch gesundheitsförderlich für die Berufsarbeit von Vorteil sind, aber trotzdem sind die Angehörigen bestimmter Berufe gesundheitlich mehr gefährdet als die Angehörigen anderer Berufe. Einzelne Berufe weisen im allgemeinen eine höhere Krankheitshäufigkeit auf, in anderen Berufen treten wieder bestimmte Berufsfrankheiten hervor. Die Eltern müssen deshalb prüfen, ob ihre Kinder für den in Aussicht genommenen Beruf auch die nötige Widerstandskraft mitbringen. Wie viele junge Leute langsam dahinsiechen und dann körperlich zusammenbrechen, weil sie einen Beruf gewählt haben, dessen Anforderungen sie nicht genügen können, so werden auch vielfach junge Leute in Berufe hineingezwängt, bei deren Ausübung sich schon bestehende, aber noch ungefährliche Krankheitskeime sogleich zu tödlichen Krankheiten entwickeln. Abgesehen von manchen Berufen, zu deren Betreibung auch heute noch große Körperkräfte gehören, wie z. B. in den meisten Handwerken, hat heute im allgemeinen die körperliche Kraft nicht mehr die Bedeutung wie in früheren Zeiten. Immer mehr reißt die Maschine im Produktionsprozeß die Arbeit an sich, so daß sich jetzt schon häufig auch schwächere Menschen einem Beruf zuwenden können, von dem noch vor wenigen Jahren angenommen wurde, daß ihn nur ganz starke Menschen betreiben können.

Abgesehen von den eigentlichen Berufsfrankheiten, die in vielen Berufen mehr oder weniger stark, mehr oder weniger gefährlich auftreten, ist immer noch die Sterblichkeit an Lungentuberkulose ein guter Maßstab für die Gefährlichkeit eines Berufes. Nach bisherigen Beobachtungen ist die Lungentuberkulose besonders hoch in der gesamten Textilindustrie im allgemeinen und bei den Schneidern und Näherinnen im besonderen, ebenso auch bei den Bäckern, Buchbindern und Buchdruckern; in diesen Berufen stirbt ungefähr die Hälfte der Angehörigen an Lungentuberkulose. Annähernd ebenso hoch ist die Sterblichkeit an Lungentuberkulose bei den Köchinnen, Stüttern, Mannschern, Klempnern, Tischlern, Malern, Fleischern und Schuhmachern, im Sattler-, Goldschmied-, und Steinwarengewerbe. Geringer ist die Sterblichkeit an Lungentuberkulose im Maurergewerbe, im Frachtfuhrwerk, in der Gärtnerei und in der Landwirtschaft, im Eisenbahn- und Postbetrieb und in allen den Berufen, deren Angehörige viel in der frischen Luft arbeiten. Dafür haben freilich die Berufsgruppen, die viel drinnen arbeiten, häufig unter anderen Krankheiten zu leiden, so werden die Gerber und andere Berufsangehörige häufig von Rheumatismus befallen.

Allerdings muß erwähnt werden, daß eine allgemeine Durchschnittszahl der Krankheitshäufigkeit in den einzelnen Berufen irreführend sein kann, denn oft genug ist nicht mehr die einzelne Berufsarbeit besonders gesundheitsgefährlich, sondern die Begleitumstände machen die Gefährlichkeit aus. So z. B. wenn noch sehr lange Arbeitszeiten bestehen, wenn die Werkstätten schlecht eingerichtet sind oder wenn die Wohnungsverhältnisse besonders ungünstig liegen. In neuerer Zeit wird häufig gefordert, daß die Eltern bei der Berufswahl ihrer Kinder einen Arzt hinzuziehen sollen, sehr wichtig ist

auch, wenn sich die Eltern vergewissern, daß ihr Kind einen Betrieb kommt, der wenigstens den einfachsten Forderungen der Hygiene entspricht.

Aus Arbeitgeberkreisen.

Das Neze vom Nest. In der „Büstenmacher-Zeitung“ befindet sich folgende Annonce:

Das Restvermögen des früher bestandenen Vermögens des Verbandes Deutscher Arbeitgeber der Büsten- und Pinselindustrie beträgt nach Nr. 137,51 und soll unverzüglich in Rot geratene, würdige Meister zur Verteilung gelangen. Mit Zeugnissen belegte Gesuche wolle man an den Unterzeichneten richten. — Kommerzienrat Emil Kränlein, Erlangen

Aus dem gewerblichen Leben.

Die Waggonfabriken haben im letzten Jahre unter einem empfindlichen Mangel an Aufträgen gelitten. Die sonst günstige Lage der Waggonfabriken hat jedoch vermocht, daß weniger die Aktionäre als die Arbeiter jenen Mangel an Aufträgen gespürt haben. Starke Abschreibungen und hohe Vorkträge auf das neue Geschäftsjahr lassen im allgemeinen eine gleichmäßige Dividendenverteilung an die Aktionäre zu. Die Arbeiter hingegen werden in der Krisenzeit in Lohnreduzierungen, Feiertagsarbeiten, Arbeitszeitverkürzung und gar der Entlassung bedacht. Wie sehr letzteres im Jahre 1909 der Fall gewesen ist, lehrt ein Ueberblick über die Zahl der in den verschiedensten Waggonfabriken in den Jahren 1908 und 1909 beschäftigten Arbeiter. Bei Hoffmann Breslau waren im ersten Jahre beschäftigt 729 Arbeiter, Ende 1909 hingegen nur 687; Linde-Breslau 2533 resp. 2157; Waage 639 resp. 508; Halle 486 resp. 350; Kassel 900 resp. 660; Köln-Deutz 3400 resp. 2450; Düsseldorf 2200 resp. 2100; Gotha 980 resp. 840. Von 23 Waggonfabriken wurden im letzten Jahre insgesamt 3956 Arbeiter, gleich 18,1 Prozent weniger beschäftigt als im Jahre 1908.

Eine Anzahl Hamburger Büstenfabrikanten haben ihre Firma in letzter Zeit in das Handelsregister eintragen lassen, so die Herren Adolf Urgus, Franz Seeber, Theobald Karst, Heinrich Rickes.

Ein Verband ostdeutscher Sägewerke ist in einer zu Berlin stattgefundenen stark besuchten Versammlung von Vorkämpfern ostdeutscher Schneidemühlen zu gründen beschlossen worden. Dem Verbandsrat namhafte Vertreter des Wasser- und Landholz-Gewerbes bei. Der Vorsitz wurde Herrn Kommerzienrat Ernst Stolz in Driesen übertragen. Der neue Sägewerke-Verband verfolgt den Zweck, die Schwierigkeiten, welche sich im deutschen Holzhandelsverkehr dadurch ergeben, daß jede Mühle nach anderen Grundsätzen liefert, sortiert und verkauft zu beseitigen. Ferner wird die Einführung bestimmter Regelungsfristen vorgezogen, die von den dem Verbandsangehörigen Firmen bei allen Lieferungen zu beachten sind. Man hofft dadurch den ungesunden Zwischenhandel auszuschalten, bzw. sehr stark einzuschränken, und um so mehr den soliden Kleinhändlern Gelegenheit zu geben, ihre Stellung zu befestigen. Die Festsetzung von Verkaufspreisen ist nicht geplant.

Waggonfabrik A. G. vorm. F. Herbrand und Co. in Köln-Ehrenfeld. Am 29. Dezember v. J. fand in Köln die ordentliche Hauptversammlung statt. Der Jahresabschluss wurde ohne Erörterung einstimmig genehmigt, der Verwaltung ebenso Entlastung erteilt und beschlossen, eine Dividende von 9% zu verteilen. Der Vorstand der Gesellschaft, Dr. Direktor Beyer, führte im Anschluß an die Mitteilung des Geschäftsberichtes aus, zwar seien in der letzten Zeit wieder neue Aufträge der Preussischen Staatsbahnen, wie auch der privaten Kundschaft eingegangen; trotzdem aber bleibe der Bestand an Aufträgen am 31. Dez. noch um etwa 1 Mill. Mark hinter denjenigen zur entsprechenden Zeit des Vorjahres zurück. Nach der Lage der Verhältnisse könne im laufenden Rechnungsjahre weder dieser Ausfall eingeholt, noch eine Besserung der sehr gedrückten Preise gerechnet werden.

Briefkasten.

Mehrere Berichte aus den Zahlstellen blieben für die nächste Nummer zurück.

Es mehrere. Daß unser Verband mit der Erhebung von 53 Beiträgen in jedem 5. resp. 6. Jahr nicht allein steht, beweist eine Bekanntmachung in der „Holzarbeiter-Ztg.“ Nr. 4, nach der im Januar 1910 statt vier, fünf Marken im soziald. Holzarbeiterverbande geliebt werden müssen. In den neuen Mitgliedsbüchern des genannten Verbandes befinden sich ebenso wie in denen des soziald. Metallarbeiterverbandes 53 Marktenfelder.

Mitteldeutsche Tischler-Fachschule

Cöthen in Anhalt.
Erste hoh. Lehranstalt der Branche in Anhalt.
Programme frei durch die Direktion.

B. Kolscher's

Fachschule Detmold

für Tischler u. für gewerbl. Zeichnen
Ersterstraße, Ecke Grabenstraße.
In 3 Monaten Ausbildung zum Werkführer und Techniker. In 6 Monaten Ausbildung zum Zeichner und Buchhalter.
Schulgeld 25 Mk. pro Monat. Kostenfreie Abschlussprüfungen. Eintritt jederzeit.
Auskunft durch die Direktion.
B. Kolscher.

Tischler-Fachschule

Hannover a. Harz
gebildet als Lehranstalt für Tischlermeister und Zeichner. Programm frei.
Direktor Brecht.
Zum Selbstunterricht empfehle: Die „Tischler für Meister“, 190 Seiten Text, gebunden Mk. 2. In bezug von Direktor Brecht, Hannover a. Harz.

Tischler-Fachschule Detmold

gegründet 1893. Stadt-Schulgebäude, Meister, Werkmeister, Zeichner, Grosses Hör- u. Zeichen-Säle. :: Werkstätten.
:: Programme frei ::
Direktor Brecht.

Sattler und Tapezierer,

welcher auch Wagenarbeit versteht, sucht Stellung.
Angebote unter B. S. 30 an die Expedition dieser Zeitung.

Süddeutsche

Schreiner-Fachschule
Münchberg.
Ersklassige Lehranstalt.
Kirchweg 14. Dr. C. Kuhnau

Zwei durchaus tüchtige

Horndrechsler
sofort gesucht.
Ziel & Deinger
Böhwinkel (Hb.)

Tischler

findet angenehme dauernde Stellung und abwechslungsreiche Arbeit auf feineren Möbel-Familienanschluß.
Ladberger Kunsttischlerei F. Schoppenhorst
Ladbergen i. W.

Für Schreiner.

Großes modernes Möbelwerk, 300 Stk. 1-10 für ca. 60 Zimmer, in Farbe, für 3 Mark abzugeben.
Paul Rood, Architekt
Düsseldorf, Leopoldstr. 4